

PRESSEKONFERENZ

Tourismusboom ohne Beschäftigte: Warum dem Aushängeschild Österreichs seine Mitarbeiter:innen ausgehen

Finanzamt, AMS und ÖGK untermauern Kritik: Niedrige Löhne, Schwarzarbeit und prekäre Arbeitsbedingungen haben System. Gewerkschaft vida fordert radikalen Kurswechsel für Hotellerie und Gastronomie

Teilnehmer:innen: ROMAN HEBENSTREIT

Vorsitzender der Gewerkschaft vida

EVA EBERHART

Vorsitzende vida-Fachbereich Tourismus, KV-Chefverhandlerin

Ort: Presseraum ÖGB-Haus „Catamaran“,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Datum/Zeit: 20. Mai 2026, 09:30 Uhr

Livestream unter: tinyurl.com/vidaPKTourismus

Tourismusbranche zwischen Boom und Systemversagen

Die österreichische Tourismusbranche meldet Rekordzahlen bei Nächtigungen, steigende Preise und Wachstum trotz wirtschaftlich schwieriger Lage. Gleichzeitig verlassen immer mehr Beschäftigte die Branche – viele endgültig. „Die Beschäftigten streiken längst auf ihre eigene Art: Sie gehen“, sagt Eva Eberhart, Vorsitzende des vida-Fachbereichs Tourismus. „Wer unter solchen Bedingungen arbeitet, sucht sich früher oder später einen anderen Beruf.“

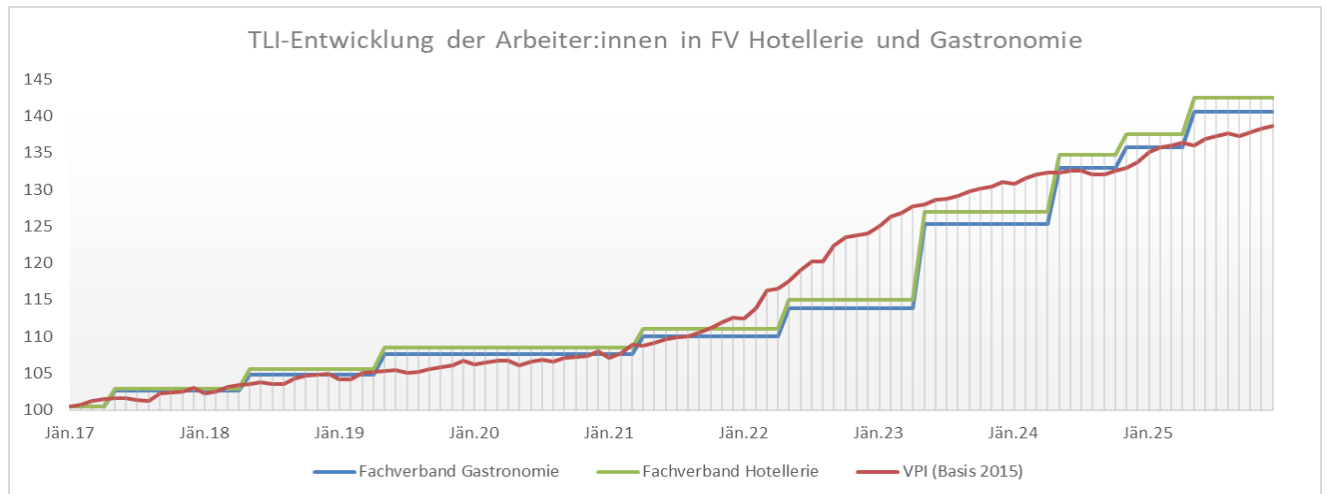
Die stockenden Kollektivvertragsverhandlungen verschärfen die Stimmung zusätzlich. Obwohl der neue Kollektivvertrag bereits mit 1. Mai 2026 in Kraft treten hätte sollen, hat die Wirtschaftskammer in zwei Verhandlungsrunden kein akzeptables Angebot vorgelegt. Das letzte Angebot der Arbeitgeberseite lag bei durchschnittlich drei Prozent und damit deutlich unter der relevanten Jahresinflation von 3,6 Prozent. Die von der WKÖ angekündigte „Nachbesserung“ würde der untersten Lohngruppe lediglich zwei Euro zusätzlich bringen. „Wer den Beschäftigten in einer ohnehin belastenden Branche einen Reallohnverlust zumuten will, hat den Ernst der Lage nicht verstanden“, kritisiert vida-Tourismussprecherin Eva Eberhart. Besonders enttäuschend sei zudem die Haltung der Arbeitgeber bei den Arbeitsbedingungen gewesen. „Sogar strengere Sanktionen bei nicht bezahlten Überstunden blockt die Wirtschaftskammer ab. Damit schützt sie offenkundig jene Betriebe, die sich nicht an die Regeln halten“, so Eberhart.

Niedrige Löhne trotz Tourismusboom

Die Branche floriert – die Beschäftigten profitieren davon jedoch nur begrenzt. Die Preise in Restaurants und Hotels stiegen seit 2022 kumuliert um rund 38,4 Prozent und damit deutlich stärker als die allgemeine Inflation von rund 24,8 Prozent im selben Zeitraum. Die Tourismusbranche hat die Teuerung also selbst mitzuverantworten. Wenn die Wirtschaftskammer auf die in den vergangenen vier Jahren um 27,1 Prozent erhöhten Kollektivvertragslöhne verweist, sollte auch beachtet werden, von welchem Lohnniveau hier auszugehen ist. Im Branchenvergleich wird deutlich, dass der Tourismus zu den Schlusslichtern gehört. Nur in den körpernahen Dienstleistungen – Friseurgewerbe, Massage, Kosmetik und Fußpflege – wird noch schlechter bezahlt. Der aktuelle Mindestlohn im Tourismus-KV liegt seit November 2025 bei 2.026 Euro brutto monatlich beziehungsweise 11,70 Euro pro Stunde.

Besonders auffällig sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während Köch:innen in Wien oder dem Burgenland deutlich höhere kollektivvertragliche Mindestlöhne erhalten, liegen die Einkommen in Tirol teilweise massiv darunter – gerade dort, wo die Lebenshaltungskosten besonders hoch sind. Gleichzeitig profitiert die Branche von Rekordnächtigungen und stark steigenden Preisen. Die Wintersaison 2025/26 brachte mit 54,25 Millionen Nächtigungen den höchsten jemals gemessenen Wert für diesen Zeitraum. Laut WIFO-Prognose soll die

Hotellerie und Gastronomie 2025 weiter wachsen, obwohl die Gesamtwirtschaft schrumpft. „Wer ständig von Krise spricht, aber gleichzeitig Rekordpreise und Rekordnächtingen einführt, verliert jede Glaubwürdigkeit“, so Roman Hebenstreit.



IFG-Anfragen bestätigen strukturelle Probleme in der Branche

Die Gewerkschaft vida hat auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) mehrere Anfragen an staatliche Stellen gestellt. Die Antworten vom Amt für Betrugsbekämpfung, dem AMS und der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zeichnen ein klares Bild: Die Probleme in Hotellerie und Gastronomie sind kein Randphänomen, sondern strukturell. „Uns wurde immer wieder vorgeworfen, wir würden Einzelfälle skandalisieren oder eine ganze Branche schlechtreden. Die Antworten der Behörden zeigen aber schwarz auf weiß: Unsere Kritik ist belegbar“, sagt vida-Vorsitzender Roman Hebenstreit. An die Lehrlingsstelle und das Land Tirol wurden Anfragen zu den Kontrollmechanismen in Lehrbetrieben gerichtet. Hintergrund dafür war unter anderem der Fall im Interalpen-Hotel Tyrol, in dem Lehrlinge belästigt und erniedrigt worden sind. Die Antworten fielen eindeutig aus: Zwar werden Lehrbetriebe ausgezeichnet, laufende Kontrollen finden danach jedoch nicht mehr statt.

Fast jeder zweite kontrollierte Betrieb auffällig

Besonders deutlich fällt die Bilanz des Amtes für Betrugsbekämpfung aus. Zwischen 2020 und 2025 wurden im Bereich Beherbergung und Gastronomie bei 22.267 Kontrollen insgesamt 9.931 Strafanträge gestellt. Das bedeutet: Bei beinahe jedem zweiten kontrollierten Betrieb wurden Verstöße festgestellt. Besonders häufig kamen illegale Ausländerbeschäftigung, Verstöße gegen Sozialversicherungspflichten, Arbeitszeitbetrug sowie Lohn- und Sozialdumping vor. Allein in Wien wurden in diesem Zeitraum 2.108 Strafanträge nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz eingebracht. „Verabschieden wir uns endgültig von den weichgespülten Tierfabeln über vermeintliche 'schwarze Schafe'! Das Amt für Betrugsbekämpfung liefert uns statt zoologischer Studien die knallharten Fakten über gewerbliche

Wiederholungstäter, die ein bewusst kalkuliertes Geschäftsmodell betreiben.“, so Hebenstreit. „Das Problem hat System.“

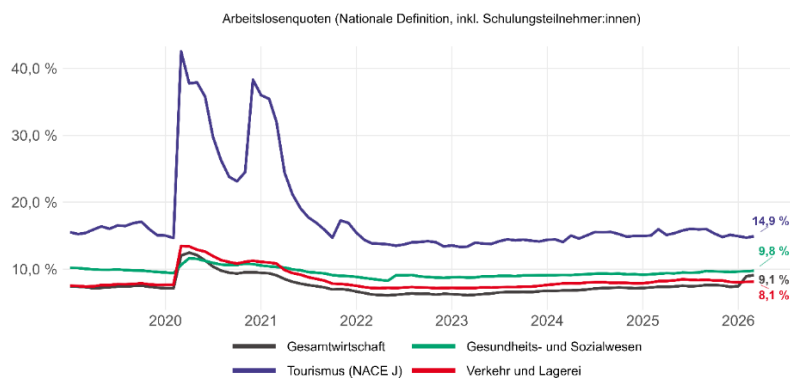
ÖGK meldet Millionenrückstände und tausende Sanktionen

Auch die Antworten der Österreichischen Gesundheitskasse untermauern die Kritik der Gewerkschaft vida. Laut ÖGK lagen die durchschnittlichen Beitragsrückstände im Bereich Beherbergung und Gastronomie 2025 bei rund 93 Millionen Euro. Zusätzlich wurden zwischen 2020 und 2025 knapp 180.000 Säumniszuschläge gegen Betriebe verhängt – etwa wegen verspäteter Anmeldungen oder fehlender Meldungen von Beschäftigten. Im selben Zeitraum führte die ÖGK fast 18.000 Sozialversicherungsprüfungen in der Branche durch. Auch die Insolvenzausfälle sind hoch: Allein 2025 mussten im Bereich Gastronomie mehr als 15 Millionen Euro an offenen Beiträgen als uneinbringlich abgeschrieben werden. „Während Beschäftigte um jeden Euro kämpfen müssen, fehlen der Sozialversicherung Millionenbeträge. Das schadet nicht nur den Arbeitnehmer:innen, sondern der gesamten Solidargemeinschaft“, kritisiert Hebenstreit.

Saisonarbeitslosigkeit kostet die Allgemeinheit Millionen

AMS-Daten, die der vida auf ihre IFG-Anfrage hin zugetragen wurden, bestätigen ein weiteres Problem der Branche. Hotellerie und Gastronomie zählen seit Jahren zu den Spitzenreitern bei saisonbedingter Kurzarbeitslosigkeit. Beschäftigte werden gekündigt, sind kurzfristig arbeitslos und wenige Wochen später wieder eingestellt. Laut WIFO entfielen 2023 rund 21,6 Prozent aller sogenannten Layoff-Arbeitslosigkeitstage und rund 20 Prozent der Kosten für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe auf den Tourismusbereich. Hochgerechnet entspricht das rund 128 Millionen Euro jährlich. Im Jahresdurchschnitt 2025 waren laut AMS 41.140 Personen aus Hotellerie und Gastronomie mindestens einmal arbeitslos gemeldet. Nur knapp jede sechste Person verfügte über eine Wiedereinstellungszusage. Die große Mehrheit blickte in eine ungewisse Zukunft. „Der Tourismus produziert um fünf Prozent mehr Arbeitslosigkeit als andere Branchen – und das regelmäßig! Eigentlich sollte die Branche daher mehr Arbeitslosenbeitrag zahlen. Stattdessen missbrauchen manche Betriebe das AMS de facto als Verlängerung des Saisonmodells“, kritisiert Roman Hebenstreit. „Die Gewinne werden privatisiert, die Risiken sozialisiert.“

Arbeitslosenquote nach Wirtschaftsbereichen



Hohe Fluktuation und prekäre Arbeitsbedingungen

Die Tourismusbranche fällt seit Jahren durch besonders viele Arbeitsrechtsverletzungen auf. Laut Arbeiterkammer zählen Gastronomie und Hotellerie regelmäßig zu den problematischsten Branchen in der arbeitsrechtlichen Beratung. Eine Forba-Studie von 2023 beschreibt die Branche als Sektor mit besonders schwierigen Arbeitsbedingungen: niedrige Einkommen, hoher Arbeitsdruck, unbezahlte Überstunden, verspätete oder falsche Anmeldung bei der Sozialversicherung sowie Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit prägen vielerorts den Berufsalltag. Nur 20 Prozent der Arbeitnehmer:innen bleiben länger als fünf Jahre in der Branche. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer liegt bei lediglich 33 Monaten – deutlich unter dem Durchschnitt anderer Branchen von 73 Monaten. Auch öffentlich bekannte Fälle der vergangenen Monate zeigen die Probleme deutlich: mutmaßlicher Menschenhandel in einem Tiroler Hotel, Vorwürfe sexueller Belästigung gegenüber Lehrlingen, Schwarzgeld- und Schwarzarbeitsfälle oder Berichte über psychischen Druck und Überlastung in Spitzenlokalen. Besonders Frauen berichten immer wieder von sexueller Belästigung und Übergriffen am Arbeitsplatz. „Beschäftigte melden sich regelmäßig bei uns und sagen, sie brennen eigentlich für ihren Job in der Gastronomie und Hotellerie – aber sie haben Angst auszubrennen. Es ist also nicht der Beruf selbst, der die Menschen abschreckt, sondern die schlechten Arbeitsbedingungen. Wenn die Branche attraktiv wäre, müssten die Menschen nicht dauernd aus ihr flüchten“, sagt Eberhart.

Rot-Weiß-Rot-Karte als Dauerlösung?

Die vida kritisiert, dass strukturelle Probleme zunehmend durch internationale Arbeitsmigration abgefedert werden. Bis März 2026 wurden für Beherbergung und Gastronomie bereits 629 positive Gutachten für Rot-Weiß-Rot-Karten ausgestellt, davon 543 für die Gastronomie. Obwohl die Wirtschaftskammer kürzlich in einer Aussendung beteuerte, dass sie ausreichend Personal habe, setzt die Branche dennoch weiterhin auf zusätzliche Arbeitskräfte aus Drittstaaten. Nach den Kolleg:innen aus Osteuropa werden jetzt die nächsten Gruppen verheizt. Das Geschäftsmodell ist aber auch betriebswirtschaftlich teuer und führt zu Überbeanspruchung des bestehenden Personals. Wenn ständig neues Personal gesucht werden muss, dann bedeutet das für die bestehenden Kolleg:innen erhöhte Belastung: Kompensieren der Unterbesetzung und permanentes Einschulen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht lässt sich die Anwerbung von Drittstaatsangehörigen für die Arbeit im Tourismus nicht erklären: Viele Beschäftigte leben in Dienstwohnungen und schicken einen Großteil ihres Einkommens ins Herkunftsland. Zugleich steigt in Österreich die Arbeitslosigkeit weiter. Die angeworbenen Beschäftigten werden ausgebeutet und trauen sich nicht gegen ihre Arbeitgeber vorzugehen, weil ihre Aufenthaltsgenehmigung an den Dienstgeber gebunden ist und sie dadurch leicht erpressbar sind. Auch fehlende Deutschkenntnisse und finanzielle Nöte verstärken das Risiko, in ein Abhängigkeitsverhältnis zu geraten.

Tourismus darf kein Geschäftsmodell auf Kosten der Beschäftigten sein

Für vida-Vorsitzenden Roman Hebenstreit zeigt sich immer deutlicher, dass große Teile der Branche ihre Probleme seit Jahren auf dem Rücken der Beschäftigten austragen. „Es kann nicht sein, dass man sich nach außen als Aushängeschild Österreichs präsentiert, während hinter den Kulissen Menschen unter enormem Druck arbeiten, Rechte missachtet und Beschäftigte systematisch aufgerieben werden“, kritisiert Hebenstreit. „Wer Qualitätstourismus will, muss auch bereit sein, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen.“

Forderungen der Gewerkschaft vida

Forderungen an die Bundesregierung:

- Strenges Vorgehen gegen Schwarzarbeit, Lohndumping und Menschenhandel
- Schwerpunktkontrollen und spezialisierte Eingreiftruppen
- Harte Sanktionen gegen Problembetriebe in Form von viel höheren Strafen
- Strafen für jedes einzelnes Delikt (keine Kumulation)
- Rascher Entzug der Gewerbeberechtigung und strengere Kriterien zum Erlangen der Gewerbeberechtigung
- Sofortiges Sperren des Zugangs der Branche auf Arbeitskräfte über Saisonkontingente und Rot-Weiß-Rot-Karte
- Streichen von der Mangelberufsliste/Fachkräfteverordnung von Koch/Kellner
- Koppelung der Förderungen und Kredite an überprüfbare Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und zusätzliche Sozialkriterien
- Kostenwahrheit: Unternehmen, die die Arbeitslosenversicherung mehr in Anspruch nehmen, sollen höhere Beiträge zahlen.

Forderungen an die Wirtschaftskammer:

- Faire Lohnerhöhungen über der Inflation
- Sanktionen gegen Betriebe, die Überstunden nicht korrekt bezahlen
- Wirksame Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung und Gewalt
- Gütesiegel, Kontrollen der Lehrbetriebe und eine Meldestelle als Lückenschluss für eine saubere Branche
- Maßnahmenplan zur Senkung der Fluktuation in der Branche

Rückfragen & Kontakt:

Gewerkschaft vida / Öffentlichkeitsarbeit
Cornelia Groiss
+43 664 6145756
presse@vida.at